# Pollinger spenden für die Ukrainer

**Polling** – Unter dem Stichwort „Solidarität Ukraine" halfen gestern rund zwei Dutzend Pollinger Frauen und Männer, um einen Hilfstransport für die Ukraine mit jeder Menge Kartons und Kisten zu beladen. Gefüllt waren sie mit haltbaren Lebensmitteln, Babynahrung, Medikamenten,Taschenlampen, Decken, Hygiene-Artikeln, Windeln und vielen weiteren Dingen, die am Zielort dringend benötigt werden. Bereits vergangene Woche hat Pollings Bürgermeister Martin Pape zu Sach- und Geldspenden für die Ukraine aufgerufen. Damit diese gelagert werden konnten, hat Markus Knoch von der Firma CFC einen Teil seines gerade bezogenen Firmengebäudes im Gewerbegebiet Achalaich freigeräumt und bis Ende März zur Verfügung gestellt. Aus den Geldspenden – laut Pape war binnen kürzester Zeit ein „hoher fünfstelliger Betrag" auf dem Konto – wurden die Artikel zugekauft, die in den Paketen unterrepräsentiert waren.

Heute um 3 Uhr machte sich der 6,5-Tonner der Firma AWE-Umwelttechnik auf den Weg an die ukrainisch-ungarische Grenze, am Steuer wechselten sich die Brüder Sebastian und Markus Kranzer ab. Der größte Teil der Ware wird wohl im Flüchtlingslager einer ungarischen Kinderstiftung benötigt. Der Rest wird umgeladen für die Ukraine. Weitere Sachspenden werden im CFC-Gebäude Montag bis Freitag von 12 bis 15 Uhr entgegengenommen. Kleidung wird nicht mehr benötigt, aber warme Schuhe in den Größen 41 bis 44. gro

**Gestern wurde der Lastwagen noch beladen,** heute ist er schon auf dem Weg nach Ungarn. FOTO: GRONAU

# Pflegeheim-Neubau nimmt erste Hürde

In Polling soll an der Obermühlstraße ein Pflegeheim für Trachealpatienten entstehen. Eine entsprechende Bauvoranfrage hat der Gemeinderat zwar positiv beschieden. Doch eine breite Mehrheit des Gremiums würde sich an der Stelle lieber eine andere städtebauliche Nutzung wünschen.

VON BERNHARD JEPSEN

**Polling** – „Die Gemeinde Polling ist sehr sozial ausgerichtet", sagt Bürgermeister Martin Pape (CSU) – und das nicht ohne Grund: Das Klosterdorf beherbergt unter anderem ein Hospiz, einen integrativen Kindergarten, die Lebenshilfe Weilheim-Schongau und die Oberland-Werkstätten. So gesehen würde ein Pflegeheim für Trachealpatienten eigentlich gut in die Strukturen passen – auch räumlich. Die Einrichtung soll nämlich an der Obermühlstraße 84a entstehen, also in unmittelbarer Nähe zu den Oberland-Werkstätten. Um Platz für das Pflegeheim zu schaffen, möchte der Baubewerber auf dem betreffenden Grundstück das marode und fundamentgeschädigte Bestandsgebäude abreißen lassen.

**Auf dem Flurstück 2225/10** soll das Bestandsgebäude (rötlich eingefärbt) abgerissen und ein Pflegeheim errichtet werden. FOTO: GEMEINDE POLLING

Betrieben werden soll das Pflegeheim von der Alpenland-Pflege-GmbH. Die hat ihren Sitz in Weilheim und führt dort in der Hörnle- und Krottenkopfstraße zwei Wohngemeinschaften für Beatmungspatienten. Diese beiden Einrichtungen sollen nach Polling verlegt werden. Warum? Eigentümer des Grundstücks an der Obermühlstraße ist die gleiche Person wie der Vermieter der beiden Weilheimer Standorte, die einer anderen Nutzung zugeführt werden sollen. Wie von der Alpenland-Pflege-GmbH auf Nachfrage erklärt wird, wäre die weitere Zusammenarbeit mit dem Vermieter „praktisch", da man nicht an Kündigungsfristen gebunden sei und sich gegenseitig kennen würde: „Er weiß, dass wir pünktlich bezahlen", heißt es von seiten der Alpenland-Pflege. Und: Der Pollinger Standort nahe der B2 sei gut geeignet, weil bei Notfällen der Weg ins Weilheimer Krankenhaus nicht weit wäre.

Grundsätzlich steht der Pollinger Gemeinderat dem Projekt aufgeschlossen gegenüber. Die Bauvoranfrage wurde in der jüngsten Ratssitzung mit breiter Mehrheit befürwortet. Die geplante Intensivpflege-Wohngemeinschaft war schon länger ein Thema im Gremium respektive in den Ausschüssen. Zu einem Beschluss kam es zunächst aber nicht. Die Räte wollten noch konkretere Details erfahren. Auch wurde kritisch darauf verwiesen, dass der Betrieb von Beatmungswohngemeinschaften wirtschaftlich durchaus lukrativ sei.

Um mögliche Missverständnisse auszuräumen, stellten der Betreiber und der Baubewerber in interner Runde die Pläne vor. Wie Rathauschef Pape im Gemeinderat berichtete, sei dabei klargemacht worden, dass keine spätere Expansion des Heims vorgesehen sei. Aufgrund der strengen Vorschriften der Heimaufsicht sei das auch gar nicht möglich, weil die Alpenland-Pflege-GmbH ihren offiziellen Sitz in Weilheim habe. Die Betreuung der Heimbewohner sei im Zweischichtbetrieb und mit einem Aufteilungsschlüssel von 3:1 geplant, das heißt, drei Pflegekräfte betreuen einen Patienten. Laut Pape haben die Alpenland-Pflege und der Vermieter zudem darauf hingewiesen, dass keine Mehrbelastungen durch das Pflegeheim auf die Gemeinde zukommen würden. Die Besucherzahlen würden sich in Grenzen halten und die standesamtliche Bearbeitung von Todesfällen falle aufgrund der überschaubaren Zahl an Heimbewohnern nicht ins Gewicht.

## UWPEO war gegen Zusatz

In der Beschlussformulierung wurde die bauliche Zulässigkeit des Projekts nicht infrage gestellt. Allerdings, so hieß es in einem Zusatz, würde der Gemeinderat an der Obermühlstraße auf dem Grundstück die dringend benötigte Schaffung von Geschosswohnungsbau anstelle der Errichtung eines Pflegeheims präferieren.

Diese Ergänzung wollten die drei Räte der Unabhängigen Wählergemeinschaft Polling-Etting-Oderding (UWPEO) nicht mitgehen. Ulrike Seeling, Martina Hawel und Robert Erhard stimmten deshalb gegen die Bauvoranfrage: „Ich habe nichts gegen das Trachealpflegeheim, aber gegen den Hinweis zur Nutzung als Wohnbebauung", erklärte Ulrike Seeling auf Nachfrage. Bei der Bauvoranfrage dürfe es formal nur um die baurechtliche Beurteilung des konkret beschriebenen Projekts gehen, nicht um Wünsche der Gemeinde. Außerdem wolle die UWPEO bezüglich weiterer Wohnbebauung im Rahmen der Fortschreibung des Flächennutzungsplans erst grundsätzlich geklärt haben, ob und inwieweit Polling wirklich wachsen soll. „Es fehlt noch der rote Faden, wo Polling diesbezüglich hin will", so Seeling. Zusätzliche Wohnbebauung würde immer auch eine Anpassung der gemeindlichen Infrastruktur bedeuten.